

ANFRAGE

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumenten-
schutz
betreffend **Der schleppende ÖGK-Workflow beim Kinderbetreuungsgeld**

Das Kinderbetreuungsgeld ist für viele österreichische Familien eine zentrale finanzielle Absicherung in einer Lebensphase, in der die laufenden Ausgaben durch die Geburt eines Kindes regelmäßig steigen und sich gleichzeitig das Haushaltseinkommen vielfach verringert. Gerade deshalb müssen Eltern darauf vertrauen können, dass ihre Anträge nachvollziehbar und ohne bürokratische Verzögerungen bearbeitet werden.

Die Dimension des Kinderbetreuungsgeldvollzugs ist erheblich: Die vom Bundeskanzleramt veröffentlichte Kinderbetreuungsgeldstatistik für August 2026 weist mit Stand 1. September 2026 insgesamt 85.454 Fälle aus. Davon entfallen 69.972 Fälle auf die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK). Damit wickelt allein die ÖGK rund 82% der in dieser Statistik erfassten Fälle ab. Wien weist mit 19.684 Fällen das höchste Fallaufkommen unter den Bundesländern auf.¹

Der Rechnungshof stellte im Rahmen seiner Follow-up-Überprüfung „Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz“ (Reihe BUND 2024/31)² fest, dass regionale Unterschiede beim Antragsaufkommen sowie Mitarbeiterfluktuation – insbesondere in Wien – Ursachen langer Erledigungsdauern waren. Hinzu kamen unvollständige oder fehlerhaft ausgefüllte Anträge und die besondere Komplexität grenzüberschreitender Sachverhalte. Gleichzeitig zeigte sich, dass eine bundesländerübergreifende Bearbeitung einen erheblichen Beitrag zum Abbau von Rückständen leisten kann: So sank die Zahl offener Fälle in Wien im Zuge einer solchen Unterstützung von rund 2.800 im Juli 2022 auf rund 600 im Oktober 2022.

Vor diesem Hintergrund arbeitete die ÖGK laut Rechnungshof seit Juli 2023 an einem ÖGK-weiten Archiv- und Workflowsystem für Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz. Dokumente sollten österreichweit verfügbar und Fälle unabhängig vom Wohnort der Antragsteller österreichweit auf Sachbearbeiter verteilt werden können. Als Ziel wurde eine flächendeckende österreichweite Bearbeitung sowie ein ÖGK-weites Gesamtmonitoring ab Ende 2024 genannt.

¹ https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr%3Ab84f99b9-ab53-4067-9445-b073d00f5d33/kgb_statistik_august_2026.pdf (aufgerufen am 11.09.2026)

² https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/home_7/2024_31_Kinderbetreuungsgeld_FuP.pdf (aufgerufen am 11.09.2026)

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Wie lautet die vollständige offizielle Projektbezeichnung des sogenannten „österreichweiten Workflows“ für Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz?
 - a. Welche Teilprojekte sind dabei umfasst?
 - b. Welche Verwaltungsprozesse bzw. Leistungsarten werden jeweils davon erfasst?
2. Wann wurde das Projekt formal beschlossen und wann mit der Umsetzung begonnen?
3. Welche ursprünglich beschlossenen Projektziele bzw. Meilensteine bestanden jeweils?
4. Welche konkreten Funktionen soll das System im endgültigen Vollausbau im Bereich Antragstellung, Dokumentenverwaltung, Anspruchsprüfung, Fallbearbeitung, Bescheiderstellung, Auszahlung, Rückforderung erfüllen?
 - a. Welche befinden sich bereits österreichweit im Echtbetrieb?
 - b. Welche sind lediglich in einzelnen Landesstellen oder Pilotbereichen in Betrieb?
 - c. Welche dieser vorgesehenen Funktionen befinden sich noch in Entwicklung oder Planung?
5. Zu welchem prozentuellen Anteil ist das Gesamtprojekt derzeit umgesetzt?
6. Welcher verbindliche Termin besteht nunmehr für die vollständige österreichweite Inbetriebnahme?
7. Welche einzelnen Projektmeilensteine bestanden seit Projektbeginn, wann hätten diese ursprünglich erreicht werden sollen, wann wurden sie tatsächlich erreicht bzw. auf welchen Termin wurden noch offene Meilensteine verschoben und aus welchem konkreten Grund erfolgte jeweils eine Terminverschiebung?
8. Welche technischen, organisatorischen, personellen oder rechtlichen Schwierigkeiten haben seit Projektbeginn zu Verzögerungen geführt?
 - a. Konnten diese mittlerweile behoben werden?
9. Welche Änderungen des Projektumfangs oder der technischen Anforderungen wurden seit Projektbeginn beschlossen?
10. Welche Auswirkungen hatten diese Änderungen auf Projektkosten und Fertigstellungstermin?
11. Wie hoch war das bei Projektbeginn genehmigte Gesamtbudget?
12. Wie hoch sind die bislang tatsächlich angefallenen Kosten?
13. Mit welchen Gesamtkosten bis zur vollständigen Fertigstellung wird derzeit gerechnet?
14. Wie hoch sind die jährlichen Projektkosten in den Jahren 2023, 2024, 2025 und 2026? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Personalkosten, externen Dienstleistungen, Softwareentwicklung, Wartung und sonstigen Kosten?)
15. Welche laufenden jährlichen Betriebskosten verursacht der neue Workflow bereits derzeit und welche laufenden Kosten werden nach vollständiger Inbetriebnahme erwartet?
16. Aus welchen öffentlichen Mitteln wird das Projekt finanziert?
17. Welche Beträge wurden seit 2023 bis dato jeweils aus Bundesmitteln, aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds, aus Mitteln der ÖGK oder aus

sonstigen Finanzierungsquellen dafür aufgewendet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Mittelherkunft, Umfang und Jahr)

18. Welche Zahlungen oder finanziellen Abgeltungen wurden seit 2023 an die ÖGK, andere Sozialversicherungsträger oder sonstige Stellen im Zusammenhang mit Entwicklung, Einführung und Betrieb des Workflows geleistet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Umfang und Zweck)
19. Welche externen Unternehmen wurden seit Projektbeginn mit welchen Leistungen für das Projekt beauftragt?
20. Wie viele interne Mitarbeiter bzw. Vollzeitäquivalente der ÖGK, Ihres Ressorts und sonstiger öffentlicher Stellen waren seit 2023 jährlich mit Entwicklung, Steuerung, Einführung oder Betreuung des Projekts beschäftigt?
 - a. Welche internen Personalkosten sind dadurch jeweils entstanden?
21. Welche bestehenden IT-Systeme werden gegenwärtig neben dem neuen Workflow weiterhin zur Bearbeitung von Kinderbetreuungsgeldfällen eingesetzt?
 - a. Welche davon sollen ersetzt bzw. abgeschaltet werden?
22. Welche nicht automatisierten Vorgänge bestehen bei der Kinderbetreuungsgeldbearbeitung derzeit weiterhin und wann sollen diese jeweils beseitigt werden?
23. In welchem konkreten Umfang ist derzeit eine dauerhafte bundesländerübergreifende Bearbeitung möglich?
24. Wie viele noch nicht erledigte Kinderbetreuungsgeldanträge bestanden mit Ende jedes Quartals seit 1. Jänner 2023?
25. Welche konkreten Zielwerte wurden für das Projekt hinsichtlich Verkürzung der Bearbeitungsdauer, Abbau offener Fälle, Reduktion manueller Bearbeitungsschritte, Einsparung von Arbeitsstunden beziehungsweise Vollzeitäquivalenten und Senkung der Verwaltungskosten pro Fall festgelegt und tatsächlich erreicht?
26. Welche konkreten Funktionen des neuen Workflows sollen unvollständige Anträge, wiederholte Nachforderungen von bereits bei öffentlichen Stellen vorhandenen Informationen und vermeidbare Bearbeitungsschritte reduzieren?
 - a. Welche dieser Funktionen befinden sich bereits im Echtbetrieb?
27. Welche digitalen Möglichkeiten bestehen derzeit für Antragsteller, Unterlagen nachzureichen, den Bearbeitungsstand einzusehen, fehlende Unterlagen angezeigt zu bekommen oder über Verfahrensschritte automatisiert verständigt zu werden?
 - a. Welche zusätzlichen Funktionen sind geplant?
28. Welche automatisierten Schnittstellen bestehen zwischen dem Kinderbetreuungsgeld-Workflow und dem Familienbeihilfeverfahren FABIAN?
29. Welche konkreten Daten werden darüber ausgetauscht?
30. Welche Daten müssen trotz vorhandener staatlicher Datenbestände weiterhin manuell abgefragt oder eingegeben werden?
31. Welche Prüfungen wurden vorgenommen, ob bereits vorhandene Funktionen, technische Komponenten oder Datenbestände von FABIAN beziehungsweise anderer bestehender Bundes- oder Sozialversicherungs-IT anstelle einer Neuentwicklung für den ÖGK-Workflow genutzt werden können?
32. Über welche Schnittstellen ist der Workflow an EESSI bzw. sonstige Systeme für grenzüberschreitende Sachverhalte angebunden?
33. Welche Arbeitsschritte erfolgen bei solchen Fällen noch manuell?
34. Welche automatisierten Prüfungen der Anspruchsvoraussetzungen erfolgen bereits im neuen Workflow?

- a. Welche weiteren sind vorgesehen?
- b. Auf welche behördlichen bzw. öffentlichen Datenquellen soll dabei jeweils automatisiert zugegriffen werden?
35. Welche verbindlichen Maßnahmen werden Sie setzen, um die vollständige Umsetzung sicherzustellen?
36. Wann und durch wen soll eine abschließende Evaluierung der tatsächlichen Auswirkungen auf Bearbeitungszeiten, Verwaltungskosten und die Situation der betroffenen Familien erfolgen?

Handwritten signature

Handwritten signature: Zuzen Ricarda

Handwritten signature

Handwritten signature

Handwritten signature: Rose Eile

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-06T14:31:37+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	